

**Resolutionsvorschlag an die nationale Kammer, die föderale Regierung und an das EU-Parlament; den Weichmacher Bisphenol A (BPA) in allen Lebensmittelbehältern in Belgien sowie auf EU-Ebene zu verbieten, sowie eine Kennzeichnungspflicht aller Gebrauchsgegenstände des Alltags einzuführen, welche diese Chemikalie enthalten und an die Regierung der DG zur Unterstützung dieser Forderung.**

### Begründung

„Einer Katastrophe zuvorzukommen erfordert für gewöhnlich ein Handeln, noch bevor Schäden deutlich sichtbar werden, vor allem, wenn die Schäden erst spät eintreten und unumkehrbar sind.“

(Europäische Umweltagentur Kopenhagen; 2002)

Das Vorsorgeprinzip ist ein wesentlicher Bestandteil und eine allgemein anerkannte Grundlage der Umwelt und Gesundheitspolitik in Europa, und sollte Bestandteil der Gesundheitspolitik eines jedes Landes und jedes Gliedstaates sein.

Von den Regierungen erwartet man, dass sie das Vorsorgeprinzip anwenden, vor allem wenn es um das Wohlergehen künftiger Generationen geht.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Gefahr von zugelassenen Chemikalien oft zu spät erkannt wurde und dies zu erheblichen gesundheitlichen Problemen in der Bevölkerung führte (Bsp. Pflanzengift DDT oder Asbest) und dies eine erschreckende Gefahr für die Umwelt darstellt, mit Belastungen welche noch nach Jahrzehnten erkennbar sind.

In der DG liegt was die Gesundheitsprävention angeht, welche ja im Rahmen der 6. Staatsreform vollständig an die DG übertragen wurde, diese Verantwortung beim zuständigen Gesundheitsminister, bei der Regierung und beim Parlament.

Vor diesem Zusammenhang sind die Ergebnisse der nationalen Gesundheitsstudie aus dem Jahr 2013, besorgniserregend.

Die Studie ergab, dass sich nicht nur der gesundheitliche Zustand vieler Ostbelgier verschlechtert hat, sondern, dass mehr als 51% aller Ostbelgier als übergewichtig, 15% von ihnen sogar als fettleibig zu bezeichnen sind.

Ein Zustand welcher zum Handeln aufruft, insbesondere da die DG vollständig zuständig ist für die Gesundheitsprävention.

Der Kaleido-Dienst meldete ebenso, dass 4,1 Prozent der im Jahr 2012 geborenen Kinder den bisher höchsten gemessenen Wert an extremen Übergewicht aufgewiesen haben. Diesen alarmierenden Zustand will der Dienst, eigenen Angaben nach, untersuchen.

Bei unseren Recherchen sind wir immer wieder auf Studien gestoßen, die den Zusammenhang zwischen dem Einfluss von hormonellen Schadstoffen auf Fettleibigkeit und Diabetes belegen.

So veröffentlichte der **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland** im März 2012 eine Studie, die im Auftrag von CHEMTrust UK auf den Studien von Prof.Dr.Miquel Porta (Medizinische Fakultät der Universität Barcelona) und von Prof.Dr.Duk-Hee Lee (Medizinische Fakultät Kyungpook der nationalen Universität Daegu Südkorea) basiert.

In dieser Studie hat man den Zusammenhang zwischen dem Anstieg von Fettleibigkeit und dem Anstieg der Verwendung und Verbreitung von Industriechemikalien untersucht und festgestellt, dass diese gleichzeitig stattfanden, so dass ein Zusammenhang zwischen den hormonellen Schadstoffen und der Fettleibigkeit bestehen könnte.

**Der BRF meldete 2012, „Belgien geht einer Diabetes-Epidemie entgegen“, da die Zahl der an Diabetes erkrankten Personen innerhalb von zehn Jahren um 70 Prozent gestiegen ist.**

Während Fettleibigkeit als Risikofaktor für Diabetes gilt, mehren sich die Hinweise, dass auch die Belastung durch die Chemikalien selbst zu Diabetes

führen kann. Der epidemiologische Nachweis für einen Zusammenhang zwischen Chemikalienbelastung und Diabetes ist dabei sogar stärker als der zwischen Chemikalienbelastung und Fettleibigkeit.

Vor allem hormonell wirkende Stoffe stehen in Verdacht, mit der zunehmenden Häufigkeit von Übergewicht und Diabetes in Zusammenhang zu stehen.

**Tagtäglich kommen wir mit diesen Chemikalien in Kontakt, vor allem über Lebensmittel und Konsumartikel.**

Besonders häufig ist der chemische Stoff: **Bisphenol A, auch BPA** genannt.

Hierbei handelt es sich um den Grundstoff der seit den 50er Jahren als Hauptbestandteil bei der Herstellung von Polycarbonat eingesetzt wird. Polycarbonat ist ein klarer und relativ stabiler und bruchfester Kunststoff, der bis 145°C temperaturbeständig und gegenüber vielen Säuren und Ölen widerstandsfähig ist.

**Bisphenol A gehört zu der meist verwendeten Weichmacher Chemikalie und zu den hormonellen Schadstoffen, die Studien zufolge, schon in kleinsten Dosen des Stoffes, der über einfachen Hautkontakt in den Organismus gelangen kann, Schaden anrichten.**

Die Chemikalie wirkt ähnlich wie das weibliche Sexualhormon Östrogen und beeinflusst Fortpflanzung und Gehirnentwicklung. Forscher fanden zudem

Indizien dafür, dass sie die Reifung des Gehirns von Ungeborenen und Kleinkindern irreversibel schädigt.

**Durch die EU-Richtlinie 2011/8/EU wurde die Tatsache, dass BPA gesundheitsschädlich ist, erkannt und durch das Verbot der Verwendung von Bisphenol A in Babyflaschen berücksichtigt.**

Auch belgische Politiker haben, nachdem es in Frankreich eine größere Debatte zu diesem Thema gab, reagiert und ein Verbot der Verwendung von BPA in Lebensmitteln gefordert.

Der Senat votierte 2012 einstimmig für die von Philippe Mahoux (PS) eingebrachte Gesetzesvorlage, was zur Folge hatte, dass ab dem Jahr 2013 BPA in Lebensmittelverpackungen und -behältern für Kinder bis zu drei Jahren verboten ist. Betroffen sind, neben den bereits seit dem 01. März 2011 EU-weit verbotenen Säuglingsflaschen, auch Konserven.

**Zur Erinnerung: Das Vorsorgeprinzip besagt, dass Maßnahmen zur Verringerung von Risiken noch vor dem eindeutigen „Nachweis“ von Gefahren getroffen werden müssen.**

Die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), die für die EU-Kommission und die EU-Länder Risikobewertungen liefert, selbst aber keine Verbote oder Ähnliches erlässt, senkte im Jahr 2015 den Grenzwert für die umstrittene Chemikalie Bisphenol A (BPA) auf 4µg/Mikrogramm pro KG Körpergewicht pro Tag statt bisher 50µg/kg.

Dies geschah auch aufgrund von zahlreichen neuen Studien, deren Ergebnisse im Jahr 2006, also bei der letzten Bewertung noch nicht vorlagen.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass das letzte EFSA-Gutachten zu Bisphenol A von 2010 die EU-Kommission zum Verbot der Substanz in Babyfläschchen veranlasst hatte.

In Babyflaschen ist Bisphenol A in der EU seit 2011 verboten, ein erweitertes Verbot für BPA in Lebensmittelbehältern für Kleinkinder von 0-3 Jahren gilt in Belgien laut Moniteur Belge seit 1. Januar 2013.

Frankreich ging aber noch einen Schritt weiter, als erstes Land der Welt verbietet es seit dem 1. Januar 2015 BPA komplett in ALLEN Lebensmittelbehältern und Kassenbons, angefangen von der Plastikflasche bis hin zur Konservendose.

## Vorschlag

### **Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft,**

in Anbetracht der Tatsache

- dass das Vorsorgeprinzip besagt, dass Maßnahmen zur Verringerung von Risiken für Gesundheit und Umwelt vor dem endgültigen Nachweis von Gefahren ergriffen werden müssen
- dass internationale Studien belegen, dass hormonelle Schadstoffe einen hohen Einfluss auf Fettleibigkeit und Diabetes haben
- dass Bisphenol A zu diesen Chemikalien gehört
- dass Bisphenol A zu den weltweit am häufigsten eingesetzten Industriechemikalien gehört
- dass es in Belgien immer mehr Menschen gibt, die unter Fettleibigkeit leiden
- dass immer mehr Kinder mit hohem Übergewicht geboren werden
- dass wir täglich mit diesen Chemikalien in Kontakt kommen, vor allem durch Lebensmittel und Konsumartikel
- dass Studien belegen, dass bereits Babys mit einer Vorbelastung geboren werden, weil die Schwangeren den Chemikalien ausgesetzt werden
- dass es in Frankreich seit dem 01.Januar 2015 ein erweitertes Verbot für BPA-haltige Lebensmittelverpackungen gibt
- dass die Verantwortung für die Gesundheitsprävention, durch die Übertragung der Kompetenzen im Zuge der 6.Staatsreform, bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt

**fordert die nationale Kammer, die föderale Regierung und das EU-Parlament auf,**

- sich intensiv mit dem Thema der Gesundheitsprävention im Zusammenhang mit Bisphenol-A auseinanderzusetzen und hier gezielt das Vorsorgeprinzip anzuwenden.
- ein generelles Verbot von BPA in allen Behältern, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, in Belgien bzw. auf EU-Ebene durchzusetzen,



- die Kennzeichnungspflicht von Bisphenol-A-haltigen Gebrauchsgegenständen gesetzlich zu verankern
- Unabhängige Studie hierzu in Auftrag zu geben.

**beauftragt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,**

diese Forderungen, unter besonderer Berücksichtigung der gesundheitlichen Interessen der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zu vertreten, sich für ein Verbot von BPA in allen Lebensmittelbehältern und für eine Kennzeichnungspflicht BPA-haltiger Gebrauchsgegenstände bei der nationalen Kammer, der nationalen Regierung sowie dem EU-Parlament einzusetzen.



Michael Balter



Alain Mertes

Vivant Fraktion im PDG - Platz des Parlaments 1 - 4700 Eupen